

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 102 (2005)
Heft: 1

Artikel: Nachdenken über den Sozialstaat
Autor: Carigiet, Erwin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840632>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verteidigung oder Radikalkritik?

Nachdenken über den Sozialstaat

Sozialstaat wohin? In der Schweiz ist nicht die Zeit für grosse Reformen, eher der kleinen Schritte. Die deutsche Otto Brenner Stiftung hat «Ein neues Leitbild für den Sozialstaat» lanciert. «Vermag es auch die schweizerische Diskussion anzuregen?», fragt die ZeSo.

«Mehr denn je wird der bundesdeutsche Sozialstaat schlecht geredet – und dies nicht nur zu Unrecht.» So beginnen die Autoren des Leitbilds, Stephan Lessenich und Matthias Möhring-Hesse, ein Soziologe und ein Sozialethiker, ihre Expertise. Sie wollen damit «einen Beitrag zur Überwindung des akuten strategischen Dilemmas sozialstaatsfreundlicher Positionierungen [leisten], indem ein alternativer Weg sowohl zur sozialstaatlichen Radikalkritik als auch zur sozialpolitischen Defensive aufgezeigt wird.» Die Autoren appellieren an die Gewerkschaften, bei der Verteidigung des Sozialstaats die Augen vor den Strukturproblemen und Defiziten nicht zu verschliessen. So könnten sie ihre sozialpolitische Kompetenz zurückgewinnen und sich «wieder als Motor sozialen Fortschritts profilieren.»

Das soziale Band

Lessenich und Möhring-Hesse skizzieren das Leitbild eines «demokratischen Sozialstaats». Dieser sei Garant der gegenseitigen Anerkennung und Solidarität einander verpflichteter Bürgerinnen und Bürger. Er soll «vom Arbeitnehmer zum Bürger» und «von der Sozialversicherung zu sozialen Diensten» führen. Normativer Bezugspunkt ist eine «demokratische Ausgestaltung des Gemeinwesens». Das «soziale Band» soll allen Teilhabe gewährleisten: Bürgerinnen und Bürger sind gleichzeitig Träger und Adressaten des Sozialstaats. In der Sozialversicherung soll der Solidaritätsgleich über die Arbeitnehmerschaft hinaus erweitert werden; ausnahmslos alle sollen zur sozialen Sicherung beitragen. Im Sinne John Rawls sollen damit die Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft, der natürlichen Begabungen und des Geschlechts befreit werden.

Die Autoren wollen die soziale Sicherheit von der Erwerbsarbeit entkoppeln und, damit einhergehend, die Sozialversicherungen ausweiten. Zudem soll der Leistungskatalog der Sozialhilfe erweitert werden, die sie als «soziale Dienste» verstanden haben möchten.

Die Phantasie anregen

Lessenich und Möhring-Hesse ist in ihrer grundsätzlichen Beurteilung der sozialpolitischen Lage zuzustimmen: Blinde Verteidigung allein wird dem Sozialstaat keine neue Anhängerschaft gewinnen. Die beiden Wissenschaftler leisten mit ihrem Leitbild einen anregenden, unbeschwerten Diskussionsbeitrag zu einem komplexen Thema. Ob sie ihr Ziel, die «institutionelle Phantasie anzuregen», damit erreichen? Ob dies mit einem abstrakten Leitbild überhaupt gelingen kann? Ja! Verbindlichkeit dagegen kann erst mit der Konkretisierung der Ideen in den wissenschaftlichen Diskussionen und in den politischen Prozessen entstehen. Wichtig für die Beurteilung neuer Modelle ist jedenfalls der sozialpolitische Anspruch, mit neuen Mechanismen nicht wiederum neue Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten entstehen zu lassen.

Zutreffend ist, auch aus Schweizer Sicht, dass für neue strukturelle Armutsrisiken neue Lösungen gesucht werden müssen. Der Anstieg der Sozialhilfeausgaben ist ein klares Indiz dafür, dass sich die soziale Lage vieler Menschen verschlechtert (Schweizer Armutsquote: 5–10% der Bevölkerung). Für diesen verhältnismässig kleinen, jedoch wachsenden Teil der Bevölkerung stellt Armut oder die permanente Armutsgefährdung die Normalsituation dar. In der Analyse der Effizienz und Effektivität der aktuellen sozialen Sicherheit kann den Autoren zugestimmt werden.

Soziale Sicherheit ist so komplex wie die Gesellschaft

Den Lücken und Schwächen im Leistungsangebot des modernen Sozialstaats nun aber mit einem generellen Ausbau der Sozialhilfe begegnen zu wollen (teilweise wohl auch als Ersatz von Sozialversicherungen), überzeugt dagegen nicht. Es ist eine Illusion, das Leistungsvermögen der Sozialhilfe auf jenes der Sozialversicherungen heben zu können, sei es in der Ausgestaltung des ermessensfreien Rechtsanspruchs, sei es in der Leistungshöhe. Die Architektur der sozialen Sicherheit ist so komplex wie es moderne Gesellschaften sind. Vergleichende Studien zur Wirksamkeit von sozialen Sicherungssystemen haben gezeigt, dass universelle Systeme (Versicherungspflicht) bei der Armutsbekämpfung hoch wirksam sind und damit die notwendige Basis für die gesellschaftliche Solidarität darstellen. Deshalb muss aber nicht das ganze System universell ausgelegt werden.

In der Schweiz sollten zur Optimierung der sozialen Sicherheit vermehrt Leistungen geschaffen werden, die – und hier besteht eine hohe Übereinstimmung mit den Forderungen der deutschen Autoren – im Sinne der Staatsbürgerversorgung *beitragsunabhängig*, also aus Steuern finanziert, soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich gewährleisten. Zu denken ist dabei an Ergänzungen bestehender Sozialversicherungen (beispielhafte Aufzählung): Ergänzungsleistungen für Familien, Zusatzleistungen für ältere Langzeitarbeitslose ab 50, Assistenzentschädigungen für Menschen mit Behinderungen usw. Diese Systeme ersetzen in ihren Gebieten die Sozialhilfe.

Grundeinkommen à la AHV

Zur Verbesserung der sozialen Sicherheit vermehrt auf die Sozialhilfe – zwar ausgebaut, aber immer noch «nur» Sozialhilfe – abzustellen, überzeugt auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht. Folgerichtig postuliert Michael Opielka in seinem neuen Buch «Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven»^{***} eine Grundeinkommensversicherung.

Die schweizerische AHV dient dabei als Vorbild: ein universelles System mit hoher umverteilender Wirkung und von hoher sozialer Gerechtigkeit. Wie weit ein solches System für alle sozialen Risiken in der Schweiz oder in Deutschland überhaupt realisierbar wäre, ist eine schwierigere Frage.

Die soziale Absicherung, wie sie in den deutschen und schweizerischen Sozialversicherungen verwirklicht ist, geht von einer hohen Konstanz in der beruflichen Laufbahn und von einem überholten Familienbild, d.h. von einer «klassischen» Rollenteilung zwischen Frauen und Männern aus. Dies führt zu Lücken und Mängeln in der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung.

Versicherungsleistungen werden als wohl erworben wahrgenommen: Die Versicherten haben sie mit Beiträgen selber finanziert. Diese Autonomie und Eigenverantwortung führen zu einer tiefen Verankerung der Sozialwerke – auch wegen der Befriedigung, in der Not nicht von der Sozialhilfe abhängig zu sein. Dies darf bei jeder Neukonzeption von sozialer Sicherheit nicht ausser Acht gelassen werden. Armut, nicht aber sozialen Abstieg zu verhindern, genügt aus sozialpolitischer Sicht nicht.

Neue Finanzierungsquellen

Unter diesem Blickwinkel sind auch arbeitsmarktliche Massnahmen wie Transfersysteme zur Finanzierung von Nicht-Lohnarbeit zu beurteilen. Es ist zwar zweckmässig, Familienarbeit und Freiwilligenarbeit zu stärken. Mehr Erfolg verspricht aus sozialintegrativen Überlegungen die Umverteilung der Arbeit, z.B. durch teilweise Überführung obiger Arbeitsfelder in professionelle, gerecht entlohnte Arbeit.

Mit neuen Finanzierungsmechanismen wollen die Leitbildautoren die Finanzierung der sozialen Sicherheit gerechter gestalten: Sozial- und wirtschaftspolitisch sei es sinnvoll, dafür nicht nur die Einkommen aus Arbeitserwerb, sondern ebenso aus anderen Quellen wie Kapitalgewinnen, Vermögenserträgen, Erbschaftssteuern heranzuziehen. So könnte die Belastung

endlich entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit ausgestaltet werden.

Kurz: Ein Leitbild, das auch der Schweizer Sozialstaatsdiskussion Impulse verleihen kann.

Erwin Carigiet

Der Autor ist Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP)

* Stephan Lessenich, Matthias Möhring-Hesse, **Ein neues Leitbild für den Sozialstaat**. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung. 82 S., Berlin 2004. Das Leitbild kann heruntergeladen werden: www.otto-brenner-stiftung.de

** Michael Opielka, **Sozialpolitik**. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Rowolts Enzyklopädie, 2004.

REFORMPOLITIK

Jeder kämpfe für sich

Unter diesem Titel hat Mathias Greffrath für «Die Zeit» kürzlich drei Bücher analysiert, die sich alle mit dem Umbau des deutschen Sozialstaats befassen. Nicht deckungsgleich, aber vergleichbar sind die Fragen, die sich auch der Schweiz stellen: Welches Menschenbild hat die «Reformpolitik»? Auf welche Werte bauen wir? Was heisst es, Bürger zu sein, wie teuer ist uns die Demokratie?

Die folgenden Titel werden besprochen:

Albrecht Müller: Die Reformlüge. Vierzig Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren; Droemer, 2004; 416 S., 19.90 €.

Friedhelm Hengsbach: Das Reformspektakel. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient; Herder spektrum, 2004; 190 S., 9.90 €.

Gabriele Gillen: Hartz IV – eine Abrechnung. Rowohlt, 2004; 254 S., 7.90 €.

Der lesenswerte Artikel kann heruntergeladen werden unter: www.zeit.de/2005/03/L-Hartz